



Nr. 17

17. Mai 2017

Inhalt

[Thesenpapier der „Initiative kulturelle Integration“ - Öffentlicher Dienst: Multiplikator für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt+++](#)

[18. Bundesjugendtag der dbb jugend:](#)

[Mehr Partizipation für Gewerkschaftsnachwuchs+++](#)

[13. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung:](#)

[„Leistung ist keine Frage des Geschlechts“+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[NBB zu aktueller Steuerschätzung:](#)

[Nachtragshaushalt alternativlos - Abstand zur sozialen](#)

[Mindestsicherung vergrößern+++](#)

[DPhV-Vorsitzender Heinz-Peter Meidinger zum Präsidenten](#)

[des Deutschen Lehrerverbandes gewählt+++](#)

[DPOLG Bundespolizeigewerkschaft: Polizei braucht keine](#)

[neuen Gesetze, sondern endlich mehr Personal+++](#)

[BTB warnt vor Privatisierung der Bundesfernstraßen+++](#)

[GdS: Digitalisierung darf nicht zum Stressfaktor werden+++](#)

[BDZ und Schäuble einig bei Dienstbekleidung+++](#)

[VDR: „Appell für zukunftsfähige Bildung“+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb



Thesenpapier der „Initiative kulturelle Integration“ - Öffentlicher Dienst: Multiplikator für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt

(dbb) Der öffentliche Dienst ist Multiplikator für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Das betonte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra anlässlich der Präsentation des Papiers „15 Thesen für Zusammenhalt in Vielfalt“ am 16. Mai 2017 in Berlin. Verfasser des Thesenpapiers ist die „Initiative kulturelle Integration“, die ihre Thesen im Anschluss an die Präsentation an Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht. Mitglieder der Initiative sind neben dem dbb beamtenbund und tarifunion der Deutsche Kulturrat, Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie weitere Mitglieder aus Zivilgesellschaft, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Medien, Sozialpartnern, kommunalen Spitzenverbänden und Kultusministerkonferenz.

„Zur kulturellen Integration gehört in einer pluralen Gesellschaft, dass alle gesellschaftlichen Bereiche adäquat politisch repräsentiert sind und damit auch Entwicklungen in einem Land widerspiegeln“, sagte dbb Vize Benra und forderte: „Die gesellschaftliche Veränderung sollte auch in der Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes abgebildet werden. Denn der öffentliche Dienst hat eine wichtige Funktion als Multiplikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – die Bürger vertrauen darauf, dass durch den Rechtsstaat Rahmenbedingungen für Verlässlichkeit von politischen und Verwaltungsentscheidungen geschaffen werden“, so Benra, der die Initiative als „einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Diskussion um Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ bezeichnete. Um den Beschäftigungsanteil von Personen mit Migrationshintergrund im Staatsdienst zu erhöhen, müssten mehrere Faktoren berücksichtigt werden, erläuterte Benra: „Die potenziellen Bewerber müssen sich für eine Karriere im öffentlichen Dienst interessieren, das geschieht vor allem über Gespräche im persönlichen Umfeld, mit Eltern, Verwandten, Bekannten – also müssen wir auch bei diesen Zielgruppen ansetzen. Der öffentliche Dienst gehört in Migrantenfamilien bisher leider viel zu selten zu den möglichen Berufsfeldern.“ Auch müssten Hemmnisse bei der Einstellung von Beschäftigten mit ausländischen Wurzeln abgebaut und die interkulturelle Kompetenz in Verwaltungen und Behörden insgesamt gestärkt werden, forderte der dbb Vize: „Diskriminierungsfreie Auswahlverfahren und interkulturelle Kenntnisse als feste Bestandteile von Aus- und Fortbildung sollten Standard sein“, so Benra.

Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration wollen angesichts aktueller Debatten mit ihren 15 Thesen einen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und kultureller Integration leisten. In der Präambel des Thesenpapiers

„Zusammenhalt in Vielfalt“ bekräftigen sie, dass Integration alle Menschen in Deutschland betrifft, und rufen Einzelpersonen ebenso wie Organisationen, Vereine oder auch Unternehmen zur Mitunterzeichnung der Thesen auf. Die Initiative steht für eine weltoffene Gesellschaft. „Zuwanderung verändert eine Gesellschaft und erfordert Offenheit, Respekt und Toleranz auf allen Seiten. Dies ist ein langwieriger Prozess, in dem um Positionen gerungen werden muss. Das Schüren von Ängsten und Feindseligkeiten ist nicht der richtige Weg“, heißt es in dem Papier. Zugleich wird deutlich gemacht, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt weder verordnet werden kann, noch allein eine Aufgabe der Politik ist. Vielmehr können alle hier lebenden Menschen dazu beitragen. „Deutschland ist ein vielfältiges Land. Seit Jahrhunderten leben hier Menschen aus vielen unterschiedlichen Ländern. Mit Solidarität haben Gesellschaft und Politik auf die Ankunft vieler Geflüchteter reagiert. Solidarität gehört zu den Grundprinzipien unseres Zusammenlebens. Sie zeigt sich im Verständnis untereinander und in der Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse anderer. Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration treten für eine solidarische Gesellschaft ein.“ Die Mitglieder der Initiative setzen insbesondere auf die Vermittlungskraft der Kultur: „Kultur trägt neben der sozialen Integration und der Integration in Arbeit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.“ Besonderes Augenmerk wird auch auf Europa gelegt: Gewollt ist ein einiges Europa. „Der europäische Einigungsprozess ist nicht nur ein Garant für Frieden in Europa und eine wichtige Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung, er steht zugleich für kulturelle Annäherung sowie für gemeinsame europäische Werte.“
(01/17/17)

18. Bundesjugendtag der dbb jugend: Mehr Partizipation für Gewerkschaftsnachwuchs

(dbb) Für eine stärkere Sichtbarkeit und mehr Partizipation der Gewerkschaftsjugend hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich des 18. Bundesjugendtags der dbb jugend am 12./13. Mai 2017 in Berlin plädiert. Die dbb jugend ist die Nachwuchsorganisation des dbb beamtenbund und tarifunion und mit mehr als 150.000 Mitgliedern einer der größten Jugendgewerkschaftsverbände in Deutschland.

„Der Gewerkschaftsnachwuchs darf und soll sichtbar auftreten. Das gilt nicht nur für die vorderen Reihen von Tagungen oder das Fahenschwenken bei Demonstrationen. Vertrauensleute, Personalvertreter und Betriebsräte vor Ort in den Dienststellen sollten sich beispielsweise nicht ausschließlich aus rentennahen Jahrgängen rekrutieren“, machte der dbb Chef deutlich und appellierte an die Jugendvertreter der über 40 dbb Mitgliedsgewerkschaften: „Engagiert Euch, bitte gerne auch als Funktionsträger in unseren Strukturen.“

Dauderstädt würdigte die Leistungen der dbb jugend in den vergangenen Jahren: „Wir sind stolz und dankbar für Euren Einsatz.“ So habe der Gewerkschaftsnachwuchs etwa mit seinem flächendeckenden Engagement während der Einkommensrunden bei Bund, Ländern und Kommunen sowie öffentlichkeitswirksamen Events wie den Ausbildungsstartaktionen, der Wertschätzungskonferenz gegen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, parlamentarischen Abenden und der „Talent-schmiede“, einem individualisierten Training für junge Gewerkschafter, wertvolle Akzente gesetzt. Zudem sei es dem Engagement der dbb jugend zu verdanken, dass die CESI (Confédération Européenne des Syndicats Indépendants/Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften) als europäischer Dachverband des dbb seit 2013 auch eine eigenständige Jugend, die CESI Youth, wachsen sehe.

Sandra Kothe, seit September 2009 amtierende Vorsitzende der dbb jugend, forderte bei

der Eröffnung des Bundesjugendtags, dass es in Sachen Jugendbeteiligung „nicht immer nur bei blumigen Versprechungen und symbolischem Kopftätscheln“ bleiben dürfe. „Es geht um institutionalisierte und damit nachhaltig gewährte Generationengerechtigkeit“, betonte Kothe. „Dazu gehört eben auch eine wirksame Beteiligung und gewichtige Mitbestimmung bei wesentlichen Entscheidungen, die insbesondere die Zukunft der jungen Generation betreffen.“ Aus diesem Grund werde die dbb jugend auch weiterhin auf noch mehr Akzeptanz und Beteiligung des Nachwuchses drängen, kündigte Kothe an. „Die Etablierung von eigenständigen Strukturen und die Einforderung der notwendigen Partizipation junger Menschen an den Entscheidungsprozessen wird weiterhin die große Herausforderung der Jugendverbandsarbeit sein“, sagte Kothe, die bei den anstehenden Wahlen zur neuen dbb Bundesjugendleitung am 12. Mai 2017 nicht mehr kandidierte.

Der dbb Bundesjugendtag ist das oberste Beschlussgremium der dbb jugend und tritt alle fünf Jahre zusammen. Er wählt die neue dbb Bundesjugendleitung und legt die berufs- und jugendpolitischen Richtlinien der dbb jugend fest. In Berlin treffen sich dazu am 12./13. Mai 2017 insgesamt 184 Delegierte aus allen Mitgliedsverbänden der dbb jugend, erwartet werden auch zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und Verbänden.

(02/17/17)

13. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung: „Leistung ist keine Frage des Geschlechts“

(dbb) Um mehr Berufsnachwuchs zu gewinnen, muss der öffentliche Dienst verstärkt auf einen Wandel der Führungskultur hinarbeiten. Das sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zum Auftakt der 13. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung am 11. Mai 2017. Die Veranstaltung in Berlin stand unter dem Motto „Frauen 4.0 – Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“.

„Der öffentliche Dienst beklagt einen massiven Fachkräftemangel. Vor diesem Hintergrund wird besonders um junge, gut ausgebildete Frauen geworben, die die Lücke stopfen sollen. Allerdings steht diesen Bemühungen ein überholtes Beurteilungs- und Beförderungswesen entgegen. Es verpasst den jungen Frauen, wenn sie für die Familie zeitweise zurückstecken, einen linken Haken und verschiebt sie dauerhaft aufs berufliche Abstellgleis“, kritisierte Dauderstädt. „Hier muss die Politik dringend handeln.“

Der dbb Chef verwies in diesem Zusammenhang auch auf die aktuelle Situation im Landesdienst Nordrhein-Westfalens. Dort sollen Frauen seit dem 1. Juli 2016 bei einer „im wesentlichen gleichen Eignung“ im Vergleich zu männlichen Konkurrenten bevorzugt befördert werden, was jedoch juristisch umstritten ist. Vor solchen Rechtsunsicherheiten hatte der zuständige dbb Landesbund bereits im Vorfeld gewarnt. „Der politische Wille, Frauen in Spitzenpositionen zu befördern, stößt an die Grenzen eines verkrusteten, über viele Jahre gewachsenen Verfahrens.“ Gleichzeitig werde deutlich, wie wichtig es sei, mit den Beschäftigten in Dialog über eine zukunftsfähige Neugestaltung der Beförderungs- und Beurteilungspraxis zu kommen und zu bleiben. „Denn Leistung ist keine Frage des Geschlechts“, stellte Dauderstädt fest.

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer verwies in Ihrer Auftaktrede auf die gesetzlichen Regelungen, die

geschlechterbedingte Diskriminierung bei der dienstlichen Beurteilung grundsätzlich verbieten. „Würden die gesetzlichen Vorgaben konsequent umgesetzt, so müssten Frauen gleiche Aufstiegs- und Karrierechancen wie Männer haben und Teilzeitkräfte dieselben wie Vollzeitkräfte. Eine geschlechterbedingte Lohnlücke dürfte es im öffentlichen Dienst eigentlich gar nicht geben. Fakt sind hier aber sechs Prozent!“

Insbesondere mit Blick auf das Konzept Arbeiten 4.0 forderte sie eine Abkehr von der männlich geprägten Präsenzkultur. „In der digitalen Arbeitswelt sind mobile, agile Arbeitskräfte gefragt, die teamfähig, kreativ und technikaffin sind sowie in komplexen Zusammenhängen denken und kommunizieren können. Arbeitssoziologen sehen hier eindeutig einen Vorteil für Frauen. Ein solches Arbeiten bildet die derzeitige Beurteilungs- und Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst kaum ab.“ Hier sieht die dbb bundesfrauenvertretung die Dienstherren in der Pflicht, die Beurteilungszeiträume lebensphasenorientiert fortzuentwickeln; beispielsweise über die Verankerung eines Anspruchs auf Nachzeichnung des beruflichen Werdegangs im Wege der fiktiven Fortschreibung der dienstlichen Beurteilung während einer Elternzeit. „Auf diese Weise wird verhindert, dass die Leistungen von Frauen mit Ausfallzeiten in Freistellungsphasen im Vergleich zu ihren Kollegen abgewertet werden“, stellte Wildfeuer heraus.

(03/17/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

NBB zu aktueller Steuerschätzung: Nachtragshaushalt alternativlos - Abstand zur sozialen Mindestsicherung vergrößern

(dbb) „Bei 472 Millionen Euro Steuermehreinnahmen in 2017/2018 ist die Vorlage eines Nachtragshaushalts alternativlos.“ Mit diesen Worten kommentierte Friedhelm Schäfer, der NBB-Landesvorsitzende, am 15. Mai 2017 in Hannover die Bekanntgabe der Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung für Niedersachsen.

„Dieser Schritt böte unter anderem die Möglichkeit, die unerfreuliche und für uns politisch nicht akzeptable Diskussion darüber zu beenden, ob die Besoldung niedersächsischer Beamtinnen und Beamter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gerade noch den verfassungsrechtlich not-

wendigen Abstand zur sozialen Mindestsicherung erreicht. Die vom Finanzminister angekündigte Berücksichtigung des Mindestlohns reicht als Reaktion auf den Tarifabschluss jedenfalls nicht aus. Die Belastungen vor allem der unteren und mittleren Einkommensgruppen durch die erheblichen

Steigerungen der Beiträge zur privaten Krankenversicherung sind abzumildern und die Auswirkungen wegen des bisher deutlich zu niedrig eingeschätzten Verbraucherpreisanstiegs einzubeziehen. Das wäre ein wirkliches Zeichen der Wertschätzung gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen“, so Schäfer weiter.

Andere Länder hätten bereits „auf ihre schlechten Tabellenplätze bei der Besoldung reagiert“, so der NBB-Landeschef: „Nur Niedersachsen sieht tatenlos zu. Das wird Niedersachsens Tabellensituation im Besoldungsvergleich weiter verschlechtern und den Standort gefährden“.
(04/17/17)

DPhV-Vorsitzender Heinz-Peter Meidinger zum Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes gewählt

(dbb) Unterstützt von allen Mitgliedsverbänden des Deutschen Lehrerverbandes ist der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger mit großer Mehrheit am 17. Mai 2017 in Berlin zum neuen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes (DL) gewählt worden. Er erhielt 81,5 Prozent der gültigen Stimmen. Damit wird Meidinger, der bei der nächsten DPhV-Vertreterversammlung im Herbst sein Amt als Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes abgeben wird, ab 1. Juli 2017 dem langjährigen DL-Präsidenten Josef Kraus nachfolgen.

Meidinger versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, dass es mit dem DL auch weiterhin eine starke Stimme für ein differenziertes Schulwesen in Deutschland geben werde, um die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen durch Qualität und Leistung zu sichern. Nicht zuletzt die Abwahl von Rot-Grün in Schleswig-Holstein und NRW habe gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger leistungsfähige, gut ausgestattete Schulen wollten und die Nase voll hätten von einer ideologiebestimmten Schulpolitik, die alles verspreche, aber nichts einlöse.

Der Deutsche Lehrerverband ist außerhalb der Gewerkschaften im DGB (GEW) der größte Zusammenschluss von Lehrkräften aller Schularten und organisiert derzeit rund 160.000 Mitglieder. Ihm gehören folgende Lehrerverbände an: Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (BLBS), Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG), Deutscher Philologenverband (DPhV).
(05/17/17)

DPOLG Bundespolizeigewerkschaft: Polizei braucht keine neuen Gesetze, sondern endlich mehr Personal

(dbb) Trotz angespannter Sicherheitslage, weiterbestehendem Migrationsdruck, steigender Gewaltkriminalität und einer katastrophalen Bilanz bei den Wohnungseinbrüchen in vielen Bundesländern sei die Zahl der Polizisten, die zur Prävention und zur Verbrechensbekämpfung zur Verfügung stünden, bislang nicht gestiegen, beklagte Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender der DPOLG Bundespolizeigewerkschaft, am 15. Mai 2017 in Berlin.

Selbst bei der Bundespolizei, für die bereits ein Zuwachs von über 7.000 Stellen beschlossen sei, würden die ersten zusätzlichen Polizisten frühestens in zwei bis drei Jahren nach ihrer Ausbildung zur Verfügung stehen. Solange steige die Belastung immer weiter an, denn um die notwendige Ausbildung der neuen Kollegen sicherzustellen, müssen derzeit immer mehr Beamtinnen und Beamte aus den ohnehin ausgedünnten Dienststellen als Lehrer und Trainer abgezogen werden. Walter weiter: „Kleine und mittlere Bahnpolizeireviere werden nur noch stundenweise besetzt, die Präsenz in

der Fläche geht weiter zurück, an den Fußballwochenenden gibt es für die Kolleginnen und Kollegen an den Bahnhöfen und in der Bundesbereitschaftspolizei häufig kein frei mehr und an den West- und Ostgrenzen lässt sich der Normalbetrieb kaum noch aufrechterhalten. Das Hemd ist überall zu kurz, und unsere Leute kommen nicht mehr aus den Stiefeln. Abstriche bei der Personalauswahl und bei der Ausbildung kommen für uns nicht in Frage. Wir wollen die hohe Qualität der deutschen Polizei nicht gefährden, aber es muss die Frage erlaubt sein: Was muss wirk-

lich von voll ausgebildeten Polizeibeamten gemacht werden, und was können auch andere tun?“

Statt immer neuer Gesetzesinitiativen und Zuständigkeitserweiterungen fordert Walter von der Politik endlich konkrete Maßnahmen, die seine Kolleginnen und Kollegen tatsächlich

entlasten: „Zur Entlastung der Polizistinnen und Polizisten von administrativen Aufgaben brauchen wir mehr Verwaltungspersonal sowie den verstärkten Einsatz von Polizeiangeestellten. In einigen Bundesländern wird das bereits mit Erfolg praktiziert.“
(06/17/17)

BTB warnt vor Privatisierung der Bundesfernstraßen

(dbb) Die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaften BTB hat am 12. Mai 2017 erneut vor einer Privatisierung der Bundesfernstraßen gewarnt. Diese hätte Mehrausgaben und mehr Risiken für den Staat zur Folge und müsse daher von den Abgeordneten des Bundestages bei der anstehenden Gesetzgebung, mit der die Zuständigkeit für die Fernstraßen von den Ländern auf den Bund übergeht (dbb aktuell berichtete), ausgeschlossen werden.

Der BTB habe seit mehr als einem Jahrzehnt eine angemessene Personalausstattung der Straßenbauverwaltungen der Länder und eine Weiterentwicklung der Auftragsverwaltung gefordert. Der Fachkräftemangel sei nach wie vor die Hauptursache des bestehenden Inves-

titionsstaus. Bei der anstehenden Umstrukturierung müssten die Beschäftigten daher Zusagen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze und Arbeitsstandorte erhalten, da sonst wachsende Personallücken zu befürchten seien.
(07/17/17)

GdS: Digitalisierung darf nicht zum Stressfaktor werden

(dbb) Der Bundeshauptvorstand der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) hat am 16. Mai 2017 in Hamburg ein Positionspapier verabschiedet, mit dem ein Forderungsrahmen zur Begleitung des digitalen Wandels in der Sozialversicherung abgesteckt wird. Kernpunkte der „Hamburger Erklärung“ sind der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer, die Sicherung gut bezahlter und qualifizierter Aufgaben sowie ein Recht auf passgenaue Weiterbildung für die Beschäftigten bei den Sozialversicherungsträgern.

„Die Gesundheit der Mitarbeiter muss im Mittelpunkt stehen, deshalb darf die Digitalisierung der Arbeit nicht zum krankmachenden Stressfaktor werden“, erklärte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner. Der digitale Wandel biete Chancen, die die Sozialversicherung wahrnehmen müsse, aber auch Risiken für die Beschäftigten, die berücksichtigt und möglichst minimiert werden sollten. „Dazu müssen Gesundheit und Prävention als zentrale Aufgaben der Tarifarbeit und der Betriebspartner verstanden, kommuniziert und gelebt werden.“

Grundsätzlich stehe die GdS der Digitalisierung positiv gegenüber, wenn diese dazu genutzt werde, einfache Aufgaben zu automatisieren und im Gegenzug komplexe Arbeiten auf abwechslungsreichen Stellen zu sichern oder neu zu schaffen. „Die notwendige Qualifizierung der Mitarbeiter muss von den Arbeitgebern sichergestellt werden“, forderte Wagner. Keinesfalls dürfe die Digitalisierung von

Arbeitsvorgängen zur Entwertung der Tätigkeit oder gar zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

In ihrem Positionspapier spricht sich die GdS dafür aus, die moderne Digitaltechnik einzusetzen, um die Arbeit so weit wie möglich zu den Beschäftigten in die regionalen Dienststellen zu bringen. Mit der dezentralen Vernetzung sollte auch der Ausbau von Telearbeit einhergehen, sodass die Mitarbeiter auf Wunsch zeitweise zu Hause arbeiten können. „Dabei müssen Beruf und Freizeit allerdings klar abgegrenzt bleiben“, so der GdS-Bundesvorsitzende. Einer Entgrenzung von Arbeit und Privatleben müsse durch geeignete Maßnahmen Einhalt geboten werden, zum Beispiel durch eine zeitliche Begrenzung der E-Mail-Bearbeitung im Home-Office.

Letztlich könne die zunehmende Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Win-win-Situation darstellen, betonte Wagner. „Daher

ist es folgerichtig, dass die Digitalisierung der Arbeitsprozesse auch einen vereinfachten und erweiterten Zugang für individuelle Arbeitsmodelle ermöglicht.“ In diesem Zusammenhang verwies der GdS-Bundesvorsitzende auf eine weitere Kernforderung der „Hamburger Erklärung“, wonach der Arbeitnehmerdatenschutz

auch in Zukunft gewährleistet bleiben muss: „Unter keinen Umständen darf die Digitalisierung den gläsernen Beschäftigten zur Folge haben, dessen Leistung und Verhalten jederzeit kontrolliert werden kann.“
(08/17/17)

BDZ und Schäuble einig bei Dienstbekleidung

(dbb) Am 16. Mai 2017 traf der BDZ Bundesvorsitzende und Vorsitzende des HPR Dieter Dewes mit Minister Wolfgang Schäuble und der Abteilungsleiterin III Colette Hercher zu einem gemeinsamen Meinungsaustausch im Bundesfinanzministerium in Berlin zusammen.

Einen der Schwerpunkte des Gesprächs bildete die Gestaltung der neuen Dienstkleidung. Nach kurzer Diskussion waren sich alle Beteiligten darüber einig, dass entsprechend dem diesbezüglichen Vorschlag des BDZ alle Dienstkleidungsträger sowohl zur Einführung von Rangabzeichen als auch zu den Farbvarianten grün und blau zeitnah befragt werden sollen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs sprach Dewes die Personalsituation an, die sich in einer Vielzahl von Arbeitsbereichen problematisch darstellt. Es wurde vereinbart, dass Hercher mit Dewes im engen Dialog noch einmal die Bereiche mit hoher Personalnot definiert und dann erneut auf den Minister zukommen wird.
(09/17/17)

VDR: „Appell für zukunftsfähige Bildung“

(dbb) In einem „Appell für zukunftsfähige Bildung“ hat der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) am 12. Mai 2017 Forderungen formuliert, um in einer zunehmend digitalisierten Welt den demokratischen Bildungsauftrag umsetzen zu können. Dafür müsse zunächst anerkannt werden, dass Schulen sich dem Digitalisierungsprozess nicht entziehen können. Es gehe nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Demokratieerziehung, Medienbildung und Digitalisierung seien aber untrennbar miteinander verwoben.

Zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen benötigen die Schulen zudem zeitgemäße Rahmenbedingungen. Dazu gehöre eine moderne, in die Zukunft gerichtete (IT)-Ausstattung sowie moderne Netzwerkstrukturen und entsprechende bauliche Voraussetzungen. Außerdem seien gut ausgebildete, professionelle Lehrkräfte unverzichtbar. Diese seien auch im Zeitalter

der Digitalisierung keine bloßen Lernbegleiter, sondern würden mit ihrer Person und ihrem pädagogischen Können den jeweiligen Unterricht prägen. Daher komme es entscheidend darauf an, die bewährten analogen und die neuen digitalen Kulturtechniken zusammenzuführen.
(10/17/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 10. Mai 2017 haben sich die Lehrerverbände im **dbb brandenburg** mit dem Landesminister für Bildung, Jugend und Sport, Günter Baaske, getroffen, um über Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs zu beraten. Die Vertreter der Lehrerverbände verwiesen dabei etwa auf die Notwendigkeit des Ausbaus von Beförderungs- und Funktionsstellen, der Eingruppierung der Oberschullehrer nach A13 und von speziellen

Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung in den Randregionen.

Der dbb Hessen hat das heutige Urteil des Landgerichts Darmstadt im Fall der lebensgefährlichen Hammerattacke im Jobcenter Dietzenbach vergangenen September begrüßt. **Heini Schmitt**, der Vorsitzenden des dbb Hessen, erklärte dazu am 17. Mai 2017 in Fulda: „Wir hätten uns zwar eine lebenslange Haft-

strafe gewünscht, das vom Urteil ausgehende Signal sei aber sehr deutlich. Es zeigt über den Einzelfall mit seinen schlimmen Folgen für den Mitarbeiter des Jobcenters hinaus, dass der Staat nicht gewillt ist, Gewaltangriffe gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes hinzunehmen.“ Daher sei es auch wichtig und richtig, dass sich das Landgericht nicht von den infamen Einlassungen des Angeklagten habe beeinflussen lassen. Die rechtliche Würdigung des Angriffs müsse aber auch durch Maßnahmen in den Dienststellen begleitet werden, so Schmitt. Es müssten Mittel und Wege gesucht werden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser vor Bedrohungen und tätlichen Angriffen zu schützen. In besonders gefährdeten Dienststellen könnte es sinnvoll sein, Zugangskontrollen einzuführen und zusätzliche Alarmmaßnahmen einzurichten.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, hat auf dem 18. Bundesjugendtag der DSTG-Jugend in Braunschweig am 7. Mai 2017 den Gewerkschaftsnachwuchs gelobt. Die DSTG-Jugend sei ein wichtiger Partner für die Anliegen junger Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung. Außerdem sicherte Eigenthaler, der auch dbb Vize ist, der neugewählten Spitze der DSTG-Jugend um den neuen Bun-

desjugendleiter Patrick Butschkau seine Unterstützung zu.

Die **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ** hat am 10. Mai 2017 mit Bedauern auf die Entscheidung des Bundesfinanzhofes (BFH) reagiert, dass Wechselschichtzulagen nicht steuerfrei sind. Diese Frage war in der Rechtsprechung bislang umstritten. Der BFH hatte seine Entscheidung damit begründet, dass Steuerbefreiung nur bei Zulagen greife, die ausschließlich eine ungünstig liegende Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit abgelten sollen. Zulagen für andere Erschwernisse wie zum Beispiel Belastungen durch den Biorhythmuswechsel seien dagegen nicht steuerfrei. Der BDZ fordert nun, einen angemessenen Ausgleich für die beschäftigten sicherzustellen.

Wohnungseinbrüche sollen härter bestraft werden: Das Bundeskabinett hat dafür eine Gesetzesänderung auf den Weg. Einbrecher müssen künftig mit einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr rechnen. Der Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, **Rainer Wendt**, sagte am 11. Mai 2017, damit habe der Bund „seine Hausaufgaben gemacht. „Jetzt müssen die Länder ran und das Personal bei der Polizei aufstocken“. Andernfalls bleibe der gewünschte Effekt aus. (11/17/17)

Kommende Termine:

5. wegweiser Zukunftskongress Staat & Verwaltung
20./21. Juni 2017, Berlin